



BERNHARD SEIDENATH

CSU 

Für das Dachauer Land
im Landtag

Pressemitteilung

Mittwoch, 15. März 2017

Vorstand des Arbeitskreises Wehrpolitik trifft US-amerikanischen Verbindungsoffizier Gutierrez in München



Am 15. März 2017 traf sich Staatssekretär Johannes Hintersberger, Vorsitzender des Arbeitskreises Wehrpolitik der CSU-Landtagsfraktion, und Vorstandsmitglied Bernhard Seidenath mit dem Verbindungsoffizier der US-Streitkräfte für Bayern, Julio A. Gutierrez. Staatssekretär Hintersberger betonte: „Die langjährigen engen Beziehungen zwischen unserem Arbeitskreis Wehrpolitik und dem bayerischen US-Verbindungsbüro stehen für die traditionell guten Beziehungen zwischen Bayern und Deutschland zu den USA und einem freundschaftlichen transatlantischen Verhältnis. Das ist in unseren bewegten Zeiten eine feste unumstößliche Grundlage.“

Im Fokus des Treffens stand ein Meinungs austausch über aktuelle sicherheitspolitische Fragen, die Einsatzbereitschaft der US-amerikanischen NATO-Streitkräfte bei möglichen Großeinsätzen, die Situation an der NATO-Ostflanke im Verhältnis zu Russland, ein wünschenswertes „militärisches Schengen“, um Bürokratie an den nationalen Grenzen bei schnellen Truppenverlagerungen in Europa abzubauen, und nicht zuletzt der zunehmende – auch finanzielle Rückzug – der USA aus Europa. Gutierrez verwies auf die Aussagen des amerikanischen Verteidigungsministers, der betont hatte: „In Europa muss etwas passieren. Die USA erwarten zu Recht, dass Europa für seine eigenen Sicherheitsinteressen auch adäquate Anstrengungen erfüllt. Deutschland selbst weiß, dass die derzeitigen Ausgaben für das Militär zu niedrig sind und ein Nachholbedarf besteht.“

Hintersberger bekräftigte: „Die CSU vertritt hier seit Jahren eine klare Position. Allerdings geht es bei einem Aufwuchs der Verteidigungsausgaben weniger um das „ob“, als vielmehr um das „wie“ und „in welcher Zeitschiene“. Die Defizite der Bundeswehr in puncto Ausrüstung, darin waren sich alle einig, müssten geschlossen werden. Aus dem Vorstand des Arbeitskreises betonte Seidenath: „Jetzt ist Europa am Zug. Wo sich die USA zurückziehen, müssen die Staaten Europas Verantwortung übernehmen. Wir brauchen deshalb eine engere gemeinsame europäische Verteidigungspolitik.“